

BUNDESGERICHT

Alkohol schützt vor Kürzung nicht

Halbe Taggelder nach Rauferei

fel. Luzern · Wem die Leistungen der Suva gekürzt werden, weil er bei einer Rauferei verletzt wurde, kann sich nicht darauf berufen, dass er beim Vorfall betrunken und daher nicht voll zurechnungsfähig war. Das geht aus einem neuen Urteil des Bundesgerichts im Falle eines Mannes hervor, der mit 2,5 Promille Alkohol im Blut vermeldet wurde, nachdem er die Schläger provoziert hatte. Er zog sich ein schweres Schädelhirntrauma zu, doch kürzte die Suva ihre Geldleistungen um die Hälfte, weil der Versicherte aktiv an der Rauferei teilgenommen habe.

Diese Sanktion ist jetzt vom Bundesgericht mit Verweis auf die in der Unfallversicherungsverordnung vorgesehene Leistungskürzung wegen Beteiligung an Raufereien oder Schlägereien bestätigt worden (Art. 49 Abs. 2 lit. a). Der Kürzungs-Tatbestand ist weiter gefasst als der Straf-Tatbestand der Beteiligung an einem Raufhandel (Art. 133 Strafgesetzbuch) und setzt anders als dieser kein Verschulden voraus. Ist aber eine Leistungskürzung ohne Verschulden möglich, steht laut einstimmig ergangenen Urteil der I. Sozialrechtlichen Abteilung auch eine verminderte Zurechnungsfähigkeit der Sanktion nicht entgegen. Die massive Alkoholisierung könnte einzig beim Ausmass der Kürzung berücksichtigt werden, die aber im beurteilten Fall schon auf das Minimum von 50 Prozent festgesetzt worden war.

Urteil 8C_579/2010 vom 10. 3. 11.

Konferenz der Parlamentarier

Herbstversammlung in Bern

(sda) · Auf Einladung des Parlaments von Panama findet Mitte April in Panama City die 124. Vollversammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) statt. Die Schweiz wird durch eine Delegation vertreten, der auch Nationalratspräsident Jean-René Germanier angehört. Insgesamt nehmen sieben Mitglieder des National- und des Ständerates an der Konferenz vom 15. bis zum 20. April teil, wie die Parlamentsdienste am Donnerstag mitteilten.

Die Schweiz wird im Oktober 2011 als Gastgeberin der IPU nach Bern einladen. Germanier wird den Delegierten aus aller Welt dazu den kommenden Konferenzort vorstellen. An dem Treffen in Panama wird auch alt Bundesrat Joseph Deiss als Präsident der Uno-Generalversammlung anwesend sein und im Namen der Uno eine Grussadresse an die Delegierten der Weltorganisation der Parlamente richten.

Die IPU ist die Weltorganisation der nationalen Parlamente. Sie wurde 1889 gegründet und zählt zu den ältesten internationalen Organisationen. Sie umfasst zurzeit 155 Mitgliedstaaten und hat ihren Hauptsitz seit 1921 in Genf.

ANZEIGE

Mit SWISSAID wächst Ihr Geld.

In Form von Reis, Hirse und Gemüse. Hunger ist nicht Schicksal. PC 30-303-5.

www.swissaid.ch

SWISSAID 

Hilfe, die weiterhilft.

Hausärzte enttäuscht

FMH-Präsident und Grundversorger beurteilen Gegenorschlag unterschiedlich

FMH-Präsident und Hausärzte sind sich im Urteil über den Gegenentwurf zur Hausarzt-Initiative uneinig. Letztere lehnen diesen ab; sie halten ihn nicht für verbesserungsfähig.

Claudia Schoch

Den direkten Gegenorschlag des Bundesrates zur Hausarzt-Initiative lehnt das Initiativkomitee strikt ab. Der Gegenentwurf bilde die Hausarztmedizin nicht genügend ab und trete nicht auf die Anliegen der Hausärzte ein, schreibt es in einer Stellungnahme. Weiter wird bemängelt, dass er sich nicht zur Sicherung, Erhaltung und Förderung der Hausarztmedizin äussere.

Ohne jedes Verständnis

Der Präsident des Komitees, der Basler Professor für Hausarztmedizin, Peter Tschudi, ergänzt, dass der bundesrätliche Vorschlag absolut schwammig sei. Tschudi hält den Gegenentwurf nicht

einmal für verbesserungsfähig. Es gehe in dem Artikel um eine irgendwie geartete Versorgungssicherheit. Was unter medizinischer Grundversorgung zu verstehen sei, werde aber nicht definiert. Das Ganze habe nichts mit Hausarztmedizin zu tun. Der Vorschlag zeige zudem keine Lösungsansätze auf, wie dem Hausarztmangel begegnet werden könnte. Auch den Bedürfnissen der Bevölkerung, die sich aus der Überalterung und der zunehmenden Polymorbidität, der Erkrankung einer Person an mehreren Krankheiten, ergäben, werde nicht Rechnung getragen. Der Entwurf des Bundesrats schwäche gar die Hausarztmedizin, meint Tschudi. Für ihn geht der Bundesrat von einer antiquierten Vorstellung von Hausarztmedizin aus. Die Hausarztmedizin müsse im Zentrum stehen und den Lead bei der ambulanten medizinischen Versorgung innehaben. Tschudi wirft den Verantwortlichen des Bundesamts für Gesundheit unter anderem vor, zu wenig Verständnis für Medizin und namentlich für die Hausarztmedizin aufzubringen.

Auch laut dem Präsidenten des Verbandes der Hausärzte, Marc Müller, er-

füllt der Gegenentwurf des Bundesrats die Erwartungen der Hausärzte nicht. Man sei enttäuscht. Nach den Gesprächen mit dem BAG erhofften sich die Hausärzte mehr Verständnis für die spezifischen Bedürfnisse der Hausarztmedizin. An einer konkreten Besserstellung fehle es völlig. Auch seien Sofortmassnahmen zur Stärkung der Hausarztmedizin angekündigt worden. Der Entwurf lasse nun aber alles offen.

FMH-Präsident zuversichtlich

Der Präsident der Verbindung Schweizer Ärzte (FMH), Jacques de Haller, teilt den Unwillen über den bundesrätlichen Vorschlag der Hausärzte persönlich nicht. Er hält den vorgeschlagenen Artikel für akzeptabel, wobei es auf die parlamentarische Debatte ankommen werde. Keinesfalls dürften die Anliegen der Hausärzte verwässert werden. Dazu seien noch Anpassungen erforderlich. Skeptisch freilich stimmt Jacques de Haller, dass Bundesrat Burkhalter an der Medienkonferenz meinte, dass es keine allgemeine Krise der Hausarztmedizin gebe.

Gewerbe gegenüber Bauern benachteiligt

Der Gewerbeverband stört sich an den subventionierten Nebentätigkeiten in der Landwirtschaft

Zwar sieht der Gewerbeverband viele Gemeinsamkeiten mit der Landwirtschaft. Doch deren Nebenerwerbstätigkeiten nimmt er nun ins Visier.

hof. Bern · Der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) erkennt eine Ungleichbehandlung: Im Vergleich zum Gewerbe genieße die Landwirtschaft staatliche Unterstützung, welche ihr ungerechtfertigte Vorteile gegenüber nicht subventionierten kleinen und mittleren Unternehmen verschaffe. Mit dieser Botschaft trat die Spitze des SGV am Donnerstag vor die Medien. Sie schaltete sich damit in die laufende Vernehmlassung zur Agrarpolitik 2014 bis 2017 ein, die der Bundesrat vor ein paar Tagen gestartet hatte.

Wiederholt betonten die Gewerbevertreter, dass sie es nicht mit den Bauern verderben wollten. An den Direktzahlungen rüttle man nicht, sagte SGV-Präsident und SVP-Nationalrat Bruno

Zuppiger. Gewerbe und Landwirtschaft teilten viele Grundwerte und seien beide «tragende Säulen eines gesunden, fleissigen Mittelstandes ohne exzessive Löhne». Dennoch geriet die Kritik des SGV dem Schweizerischen Bauernverband in den falschen Hals. Statt sich auf seine Stärken zu besinnen, dresche der Gewerbeverband lieber auf andere ein, teilte der Bauernverband mit. Die Vorwürfe an die Adresse der Bauernfamilien und der Landwirtschaftspolitik seien fehl am Platz und hätten grösstenteils weder Hand noch Fuss, meinte der Bauernverband.

Die Vorwürfe des Gewerbeverbandes lauten folgendermassen: Die Bauern profitierten von äusserst günstigen Bodenpreisen, von Direktzahlungen, von Investitionskrediten zu Sonderkonditionen, vom hohen Grenzschutz für ihre Produkte, von Ausnahmen im Arbeits-, Umwelt- und Verkehrsrecht sowie von vergleichsweise lockeren Kontrollen. Die Sonderbehandlung der Landwirtschaft benachteilige die Gewerbetreibenden, sagte Zuppiger. Die

Regeln müssten daher angepasst werden. Dabei geht es dem SGV nicht um das Kerngeschäft der Bauern, also das Produzieren landwirtschaftlicher Produkte, sondern um ihre Nebenerwerbstätigkeiten. Diese dürften nicht weiter staatlich unterstützt und gefördert werden, sagte SGV-Direktor Hans-Ulrich Bigler. Als Beispiel führt der SGV die Besenbeiz eines Bauernbetriebes an, die weniger rechtliche Auflagen zu erfüllen habe als andere gastronomische Betriebe und damit von Staates wegen Konkurrenzvorteile genießt.

Der Gewerbeverband stellt eine umfangreiche Liste von Forderungen auf, wie gleich lange Spiesse für Landwirtschaft und Gewerbe zu erreichen sind. Dazu gehören etwa die schrittweise Liberalisierung – inklusive Abbau des Grenzschutzes – sowie ein sukzessiver Abbau des staatlichen Interventionismus. Zuppiger kritisierte denn auch den Vorstoss seines Parteikollegen Andreas Aebi, der auf dem Milchmarkt wieder eine Art der Kontingentierung einführen wollte.

Windkraft-Ausbau weiter im Gegenwind

Branche stellt kein Umdenken fest

dsc. · Nach den Ereignissen in Fukushima ist nicht alles anders geworden. Von der seitens der Umweltverbände signalisierten Kompromissbereitschaft beim Ausbau der erneuerbaren Energien spürt man bei Suisse Eole noch nichts. Die Vereinigung für die Windenergie gibt als Ziel bis 2030 eine jährliche Produktion von 1500 Gigawattstunden an – das wäre etwa die Hälfte der Erzeugung des AKW Mühleberg. Es brauchte dafür trotz allen technischen Fortschritten über 300 neue Windturbinen. Die Realisierung von 100 Anlagen werde derzeit durch Einsprachen verzögert, so Suisse Eole. In den letzten Wochen seien keine Einsprachen zurückgezogen, wohl aber verschiedene bestätigt worden, sagt Reto Rigassi, Geschäftsführer von Suisse Eole.

Vor drei Wochen bekräftigte die Präsidentin der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz, Ständerätin Erika Forster (St. Gallen, fdp.), in einer Ratsdebatte ihre Bedenken gegenüber einem zu starken Ausbau der Windkraft, auch was die Abstände zu Wohnhäusern angeht. – Rigassi erklärt zu den bisweilen geforderten Mindestabständen von 1000 Metern, dass schon jetzt die Lärm-schutzverordnung eingehalten werde.

Billag-Jahresrechnung wird meist geschluckt

Wenige wollen Quartalsrechnung

ras. · Nur vier Prozent der gebührenpflichtigen Schweizer Haushalte wollen die Beiträge an Radio und Fernsehen weiterhin vierteljährlich zahlen. Das teilte die Inkassofirma Billag am Donnerstag mit. Die Einführung einer Jahresrechnung sei in den ersten drei Monaten «weitgehend reibungslos» verlaufen. Der Bundesrat hatte eine Jahresrechnung beschlossen, um die Kosten fürs Inkasso zu reduzieren. Daraus sollen Einsparungen in Höhe von 10 Millionen Franken resultieren, welche der SRG und den Lokalsendern, die vom Gebührensplitting profitieren, zugutekommen.

Der Systemwechsel stiess Anfang Jahr auf Kritik, weil jene, die weiterhin vierteljährlich bezahlen wollen, einen Aufpreis von zwei Franken pro Rechnung zu berappen haben – es sei denn, sie begleichen die Quartalsrechnung elektronisch oder im Lastschriftverfahren. Eine klare Mehrheit der genannten vier Prozent Haushalte zahlt allerdings nach dem «traditionellen» Verfahren von acht Franken pro Jahr in Kauf, wie Jonny Kopp, Kommunikationschef der Billag, auf Anfrage sagte. Dieser Anteil dürfte bis Ende Jahr noch leicht steigen.

Käufer für die Sägerei in Domat/Ems gesucht

Zeichen stehen auf Demontage

(sda) · Acht Kaufinteressenten haben für die pleitegegangene grösste Sägerei der Schweiz im bündnerischen Domat/Ems Angebote eingereicht. Fünf davon werden weiter bearbeitet, wie die Konkursverwaltung am Donnerstag mitteilte. Das höchste Angebot stammt von einem Interessenten, der die Anlage demontieren und andernorts wieder aufbauen will. Laut der Konkursverwaltung führen andere Bieter, die die Sägerei in Domat/Ems betreiben wollen, Gespräche mit dem Kanton Graubünden und interessierten Kreisen, um die Voraussetzungen für ein höheres Angebot abzuklären. Die Konkursverwaltung und der Gläubigerausschuss sind verpflichtet, die Anlagen demjenigen Interessenten zu verkaufen, der den höchsten Preis offeriert.

Dieses Angebot kann danach noch überboten werden. Allenfalls wird es zu einer nichtöffentlichen Versteigerung mit Interessenten kommen. Die Konkursverwaltung will den Verkaufsprozess laut eigenen Angaben noch vor den Sommerferien abschliessen. Wer Angebote eingereicht hat, wurde nicht bekannt. Ein Investor aus der Schweiz dürfte sich kaum unter den Interessenten befinden.



WAHLFÄNGER

Das Echo vom Ballenberg

René Zeller · Wir haben uns vorgenommen, mit Argusaugen zu beobachten, welche Blüten die omnipotente Heimatliebe im eidgenössischen Wahlkampf treibt. Diese Woche ist uns das Magazin «Der Ballenberger» ins Haus geflattert. Das putzige Freilichtmuseum im Berner Oberland ist ein Hort freundeidgenössischer Werte und Traditionen. Wer sorgt sich um diese Bühne schweizerischen Brauchtums? Dem Editorial des neusten «Ballenbergers» entnehmen wir, dass Hanspeter Seiler nach elf Jahren das Präsidium des Stiftungsrats weitergegeben hat. Seilers Nachfolger ist Yves Christen, womit erstmals ein Romand die Geschicke des Freilichtmuseums leitet.

Speziell an diesem Stabwechsel ist nicht so sehr, dass zwei ehemalige Nationalratspräsidenten daran beteiligt sind. Bemerkenswert ist vielmehr, dass auf dem Ballenberg Welten aufeinanderprallen. Der Grindelwalder Hanspeter Seiler sass für die SVP im Nationalrat, und er verkörperte im Bundeshaus die Volkstümlichkeit vom Scheitel bis zur Sohle. Yves Christen, ehemaliger Syndic von Vevey und gewesener FDP-Nationalrat, stellt die kosmopolitische Antithese zu Seiler dar. Sein Blick schweift weit über die Eigernordwand hinaus. Er präsidierte von 2004 bis 2006 die Neue Europäische Bewegung.

Unmögliches wird möglich im Oberland. Ein Europäer präsidiert den Ballenberg. Als Vizepräsident zur Seite steht ihm mit dem Emmentaler Nationalrat Simon Schenk ein wackerer Verfechter des Slogans «Schweizer wählen SVP». Das hindert die Thuner BDP-Nationalrätin Ursula Haller nicht daran, den Ballenberger Gönnerverein zu präsidieren. Und an der Augustfeier 2010 trat mit dem Bündner CVP-Nationalrat Sep Cathomas ein Festredner auf, dessen Partei sagt: «Keine Schweiz ohne uns».

Vom Ballenberg erschallt das Echo: Die Schweiz gehört uns allen. Dieser Slogan wäre noch zu haben.

KANTONE

Strafanzüge gegen City University

(sda) · Nach dem Konkurs der privaten City University of Seattle in Wettingen hat der Kanton Aargau Strafanzüge wegen Verdachts auf betrügerisches Handeln eingereicht. Vom Zusammenbruch der Filiale einer amerikanischen Universität waren rund 130 Studierende betroffen. Die 2009 eröffnete Bildungseinrichtung richtete sich vor allem an Studierende aus Asien und Afrika. Im Januar meldete sie Konkurs an.

Genf schliesst mit Überschuss ab

(sda) · Die Genfer Staatsrechnung verzeichnet einen Ertragsüberschuss von 273 Millionen Franken. Budgetiert wurde ein Defizit von 358 Millionen Franken. Mit rund 800 Millionen Franken Investitionen verbucht der Kanton Genf einen Rekord. Der Staat nahm im Jahr 2010 insgesamt 8,142 Milliarden Franken ein und gab 7,869 Milliarden aus. Damit kann der Kanton Genf einen Überschuss von 273 Millionen Franken verzeichnen – «der fünfte in Folge», wie die Regierung mitteilte.

Tourismus-Hinweise an Autobahnen

(sda) · Schilder an den Autobahnrandern sollen im Lavaux und in der Region Montreux-Riviera Touristen auf Sehenswürdigkeiten aufmerksam machen. Bewähren sich die Tafeln, dann könnten sie in der ganzen Schweiz zur Anwendung kommen. Das Bundesamt für Strassen hat ein Pilotprojekt genehmigt. Die Probe-Schilder sind braun und zeigen stilisierte Sehenswürdigkeiten.